

Sächsischer Elbzeitung

Tageblatt für die

enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonto: Stadtbank Bad Schandau Nr. 12. — Postcheckkonto: Dresden 33 327. —
Kontopr.: Bad Schandau Nr. 22. — Druckschrift: Elbzeitung Bad Schandau.

Erscheint täglich nachmittags 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: frei Haus monatlich 1,85 RM. (einschl. Trägersgeld), für Selbstabholer monatlich 1,65 RM., durch die Post 2,00 RM. einschl. Bestellgeld. — Einzelnummer 10, mit Illustration 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor.



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiehhübel, Kleinbennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Okrau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmiltz, Schöna, Waltersdorf, Wendischjähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung Alma Hiele, Inh. Walter Hiele. Verantwortlich: Walter Hiele.

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Peritzzeile 20 Pfg., für auswärtige Anzeigen 25 Pfg., 85 mm breite Kellamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für in- und ausländische Zeitungen.

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Das Unterhaltungsblatt“, „Die Frau und ihre Welt“, „Illustrierte Sonntagsbeilage: „Das Leben im Bild“

Widersprechen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streit, Aussperrung, Betriebsstörung berechtigt nicht zur Bezugspreiskürzung oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung.

Nr. 131

Bad Schandau, Dienstag, den 7. Juni 1932

76. Jahrgang

Wenn die Abrüstungskonferenz scheitert . . .

Von Dr. S. Lambert-Hannover

Der bisherige Reichskanzler Dr. Brüning liebt es, einerseits über die Ziele seiner Politik nur in Andeutungen zu sprechen, andererseits aber von der Öffentlichkeit ein nahezu blindes Vertrauen zu dem Erfolg seiner Politik zu verlangen. So ist die Öffentlichkeit nicht darauf vorbereitet, daß eines Tages die Ergebnisse der Brüning'schen Politik nicht in dem gewünschten Maße eintreffen. Es war verständlich, daß der Reichskanzler von der Rednertribüne herab den Erfolg der Abrüstungskonferenz forderte; es ist aber bereits zweifelhaft, ob Dr. Brüning mit voller Überzeugung das Wort von den „100 Metern vor dem Ziel“ sprechen konnte: völlig unverständlich aber ist es, daß keinerlei Maßnahmen für den Fall eines Mißerfolges auf der Abrüstungskonferenz vorbereitet wurden. Nach dreizehnjährigem erfolglosen Bemühen und nach einer dreimonatigen ergebnislosen Verhandlungsdauer in Genf ist aber ein solcher doch wirklich wahrscheinlicher als ein praktisch durchführbarer Erfolg. Es ist deshalb höchste Zeit, die Öffentlichkeit über Deutschlands Befugnisse und Pflichten nach dem Scheitern der Abrüstungskonferenz aufzuklären.

Die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Friedensdiktates sind nicht rechtsgültig. Dem Friedensdiktat ging ein durch diplomatischen Notenwechsel geschlossener Vorvertrag voraus. Inhalt dieses Vorvertrages war, daß der Frieden auf Grund der 27 Punkte Wilsons in solcher Art zu schließen sei, daß nurmehr über die praktischen Einzelheiten der Anwendung zu verhandeln sei. Punkt 4 der 14 Punkte der Wilson'schen Rede vom 8. 1. 1918 forderte „gegenseitige Bürgschaften für Beschränkung der Rüstungen aller Nationen auf das niedrigste mit der inneren Sicherheit zu vereinbarende Maß.“ Entgegen dem rechtsverbindlichen Vorvertrag wurde das spätere Friedensdiktat dem deutschen Volk in ultimativer Form von Clemenceau aufgezwungen. Während der Vorvertrag in völkerrechtlich verbindlicher Weise zustande gekommen war, hielt sich das spätere Friedensdiktat nicht an den Vorvertrag und wurde unter Zwang abgeschlossen. Völkerrechtlich ist demnach das gesamte Versailler Friedensdiktat rechtlich unverbindlich.

Falls das Friedensdiktat für rechtsverbindlich angesehen wird, hat Deutschland völkerrechtlich ein Recht auf Rücktritt sowie ein Recht auf Rüstungsfreiheit. — Die Entwaffnungsbestimmungen in Teil V des Versailler Diktates beginnen folgendermaßen: „Am der Anfang einer allgemeinen Beschränkung der Rüstungen aller Nationen zu ermöglichen, verpflichtet sich Deutschland zur genauen Befolgung nachstehender Bestimmungen über die „Land-, See- und Luftstreitkräfte“. Auch aus anderen Rechtsbestimmungen sowie den Vorverhandlungen folgt die Verpflichtung der übrigen Staaten zur Abrüstung, und zwar so, daß innerhalb von zehn Jahren nach dem Abschluß bereits eine entscheidende Herabminderung verwirklicht ist. Die zehn Jahre sind seit 1929 abgelaufen. Deutschland war so unbegreiflich dumm, zu entwaffnen, die anderen Staaten dachten nicht an ernsthafte Abrüstung, obwohl die Wirtschaftslage sie wirklich dazu veranlassen sollte. Die anderen Vertragsstaaten des Versailler Diktats sind demnach vertragsbrüchig.

Deutschland als Mitglied des Völkerbundes ist zur Aufrüstung verpflichtet. — Seitdem Deutschland Mitglied des Völkerbundes ist, hat es nach Artikel 8 der Völkerbundsakte die Pflicht, seine Rüstung nicht unter ein Mindestmaß sinken zu lassen, das dem Rüstungsstand der übrigen Staaten entspricht. Widersprechende Rechtsbestimmungen, hierunter auch die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Diktats, sind seit dem Beitritt Deutschlands zum Völkerbund durch Artikel 20 der Völkerbundsakte aufgehoben.

Diese rechtliche Verpflichtung ist auch wirtschaftlich durchführbar. Viele sind der Meinung, Deutschland könne jetzt nicht von Aufrüstung sprechen, da es doch im gleichen Augenblick die Einstellung der Reparationszahlungen unter Hinweis auf die wirtschaftliche Notlage fordere. Diese Ansicht ist irrig. Das gegenwärtige deutsche Berufsheer mit zwölfjähriger Dienstzeit ist bei weitem teurer, als z. B. das System der allgemeinen Wehrpflicht Deutschlands vor dem Krieg war. Nicht nur, daß die jetzigen drei Kavalleriedivisionen in keinem gesunden Verhältnis zur gesamten Wehrmacht stehen; das Versailler Diktat hat uns diese Formationen aufgezwungen, weil man wußte, daß sie im neuzeitlichen Krieg nur beschränkte Aufgaben haben, in Friedenszeiten aber übermäßig kostspielig sind. Ueberhaupt handelt es sich nur darum, statt der jetzt zwölf Jahre dienenden 100 000 Mann Berufsoldaten in Zukunft eine vielfache Anzahl von Kurzdienstenden einzustellen, die ebenfalls wesentlich geringere Kosten verursachen, weil sie statt zwölf Jahre nur zwei Jahre dem wirtschaftlichen Berufsleben entzogen sind. Im Jahre 1927 betrug der Kostendurchschnitt für einen Au-

gehörigen des deutschen Heeres etwa 4800 Mark; heute ist er noch höher. Dagegen belief sich der Kostendurchschnitt für einen deutschen Heeresangehörigen im Jahre 1914, unter dem System der allgemeinen Wehrpflicht, nur auf 1650 Mark. Auch ohne Erhöhung des gegenwärtigen Etats der Reichswehr bestehen demnach reichlich Möglichkeiten für eine Wehrverfäktuna Deutschlands.

Man muß es dem ehemaligen Reichskanzler Brüning zum Vorwurf machen, daß seine Regierung es veräumte, das deutsche Volk auf ein Scheitern der Abrüstungskonferenz vorzubereiten. Er betonte zwar Deutschlands rechtlichen Anspruch auf Abrüstung der anderen, ihm fehlte aber der Wille, aus der wahrscheinlichen Ablehnung die einzig mögliche Folgerung zu ziehen: Deutschlands Aufrüstung.

Reichstagswahl am 31. Juli

Die Verordnung über die Neuwahl

Berlin, 6. Juni.

Amlich wird mitgeteilt: Der Reichspräsident hat durch Verordnung vom heutigen Tage den Termin für die Neuwahlen des Reichstags auf Sonntag, den 31. Juli, festgesetzt.

Die Arbeiten des Kabinetts

Im Reichsfinanzministerium begannen Referentenbesprechungen über die Frage, welche Maßnahmen ergriffen werden sollen, im Interesse der Inganghaltung des Staatsapparates die notwendigsten Zahlungen für die nächste Zukunft leisten zu können. An den Besprechungen nehmen auch Vertreter des Wirtschafts- und Arbeitsministeriums teil.

In welcher Weise die nötigen Gelder herbeigeschafft werden, ist eine noch offene Frage. Es kann infolgedessen auch noch nicht gesagt werden, ob die von der Regierung Brüning geplante Beschäftigtensteuer oder die Verlängerung der Bürgersteuer kommen wird.

Reichsarbeitsminister Schaeffer

Berlin, 7. Juni.

Der Reichspräsident hat den Präsidenten des Reichsver sicherungsamtes Schaeffer zum Reichsarbeitsminister ernannt.

Präsident Schaeffer ist Beamter und bisher politisch nicht hervorgetreten.

Der neuernannte Reichsarbeitsminister Hugo Schaeffer steht im 57. Lebensjahre. Nach dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaft stand er vorübergehend im Dienste der Krupp und trat dann im Jahre 1902 in den höheren Verwaltungsdienst in Württemberg ein, wo er von 1909 bis 1916 Regierungsrat und Ministerialrat im württembergischen Ministerium des Innern und ab 1916 stellvertretender württembergischer Bundesratsbevollmächtigter und dann Ministerialdirektor und stellvertretender Bevollmächtigter zum Reichstag war. Während der Jahre 1922 und 1923 leitete er während des Ruhrereignisses bis zur Aufgabe des passiven Widerstandes die Finanzen der Firma Krupp. Im März 1924 wurde er zum Präsidenten des Reichsverversicherungsamtes und des Reichsverfahrensgerichts ernannt. Dieses Amt hatte er bis zum heutigen Tage inne.

Neuraths Londoner Besprechungen

Wie wir erfahren, wird Reichsaußenminister Freiherr von Neurath für Donnerstag in Berlin zurück erwartet. Eine frühere Rückkehr ist schon deshalb nicht möglich, weil MacDonald erst Donnerstagsvormittag wieder in London ein-

Für eilige Leser.

* Dr. Schacht ist nicht als deutscher Vertreter für die Lausanner Konferenz in Aussicht genommen. Es ist mit ihm auch nie in diesem Sinne verhandelt worden.

* Deutsche Anteile lagen an der Londoner Börse am Montag sehr fest. Die Proz. Dawesanleihe stieg um 1%, die 5%proz. Younganleihe um 2 und die 7proz. Kallianleihe um 1 Prozent.

* Die Mattowiger Verban-A.G. hat beim Demobilisationskommissar um die Genehmigung zur Entlassung von 1000 Bergarbeitern auf der Myslowik-Grube nachgesucht, da der Betrieb mit dem 2. Juli dieses Jahres teilweise stillgelegt werden soll.

* In der Gemeinde Laban (Kreis Vochnia) wurde die Polizei bei der Auflösung eines Demonstrationzuges der Volkspartei beschossen, woran sie ebenfalls von der Schutzwaffe Gebrauch machte. Zwei Personen wurden getötet, 5 verletzt.

* Neben dem englischen Botschafter unterzeichnete auch der italienische Botschafter in Washington Schuldscheine über die Summen, die Italien über das Hoover-Moratorium gestundet worden waren.

* Das neue rumänische Kabinett ist unter dem Vauersführer Bajda gebildet worden und hat bereits den Eid geleistet.

trifft. Dazwischen liegen auch noch die Zusammenkünfte des Außenministers mit Sir John Simon und dem König.

Aus dem Programm, das neben der Verabschiedung von London hergeht, ergibt sich von selbst, daß der Reichsaußenminister seinen Aufenthalt in England dazu benutzte, um die bevorstehende Lausanner Konferenz möglichst weit vorzubereiten. Daß diesen Besprechungen erhebliche Bedeutung zukommt, ist schon bei dem Ansehen, das Freiherr von Neurath in London genießt, selbstverständlich.

Reichsaußenminister v. Neurath beim englischen König u. beim Außenminister Sir John Simon.

London. Der deutsche Reichsaußenminister und frühere Votschafter in London Freiherr v. Neurath stattete am Montagvormittag dem englischen Außenminister Sir John Simon seinen Abschiedsbesuch ab. Die Unterredung dauerte längere Zeit und gab v. Neurath Gelegenheit, John Simon die Lage in Deutschland darzulegen. Gegen Mittag empfing der König Freiherrn v. Neurath in Audienz.

Freiherr von Neurath über die Aufgaben der deutschen Außenpolitik.

Freiherr v. Neurath gewährte nach einer Meldung aus London einem Vertreter des Reutersbüros eine Unterredung, in der er u. a. erklärte: Es müsse für jeden unvoreingenommenen Beobachter klar sein, daß das neue deutsche Kabinett, das sich aus Männern guten Willens und gesunden Menschenverstandes zusammensetzt, die zum größten Teil als Beamte beträchtliche Schulung für ihre jetzigen Posten erhalten hätten, eine Sachregierung darstelle, die eingesetzt wurde, um die vielen schwierigen Probleme zu behandeln, denen sich Deutschland gegenüberstehe. Wichtige Konferenzen ständen bevor. Wenn sie Erfolg haben sollten, so müsse die gesamte Frage in einem Geiste der Zusammenarbeit zwischen allen auf diesen Konferenzen vertretenen Nationen in Angriff genommen werden. Er sehe mit Interesse dem Zusammenreffen mit den englischen Staatsmännern in Lausanne entgegen, mit denen er durch glückliche Erinnerung gemeinsamer Bemühungen für die Besserung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa verbunden sei.

Nach der Wahl in Mecklenburg

Gutsbesitzer Granzow-Severin wird Ministerpräsident.

Schwerin, 7. Juni.

Der Leiter des Gaues Mecklenburg-Lübeck der NSDAP., Reichs- und Landtagsabgeordneter Friedrich Hildebrandt, erklärte zu dem Ergebnis der Mecklenburg-Schwerinschen Landtagswahl u. a.:

Die Zahl der Regierungsmitglieder würde wahrscheinlich von drei auf zwei herabgesetzt werden. Er, Hildebrandt, könne jetzt schon den neuen Ministerpräsidenten des Freistaates Mecklenburg-Schwerin vorstellen. Es sei dies der Parteigenosse Gutsbesitzer Granzow-Severin, der Schwager des Reichstagsabgeordneten Dr. Goebbels.

Die erforderliche Umstellung werde sachlich und im Rahmen der Gesetze erfolgen. Um die Mißwirtschaft in den einzelnen Kommunen zu beseitigen und Einblicke in die Haushaltspläne zu gewinnen, würden an mehreren Stellen Landeskommisare eingesetzt werden. Die NSDAP. sehe eine ihrer Hauptaufgaben darin, die neue Konstituierung des Landtages in Verbindung mit anderen Ländern wie Oldenburg, Braunschweig usw. mit einer Widerstandspolitik gegen das herrschende System im Reich zu beginnen.

Wie der Landeswahlleiter mitteilt, haben die Kommunisten nicht 26 006, sondern 27 006 Stimmen erhalten. Möglich ist noch immer, daß bei der Schlussumrechnung nochmals eine kleine Verschiebung eintritt. Man wird also das endgültige amtliche Schlussergebnis, das Ende dieser Woche bekanntgegeben wird, abwarten müssen.

Doch keine absolute nationalsozialistische Mehrheit in Mecklenburg.

Schwerin. Die Wahlleistung für die Wahl zum Mecklenburg-Schwerinschen Landtag gibt am Montag um 18 Uhr ein neues amtliches Ergebnis bekannt. Danach hat sich gegenüber dem zuletzt festgestellten Wahlergebnis die Stimmenzahl der kommunistischen Partei um 14 vermehrt. Dies hat zur